

Datum: 04.02.2005

Info Nr.: 094

SGSA zum Stadt-Umland-Gesetz:

## **Zweckverbände sind für Problemlösungen ungeeignet Kreise brauchen tragfähige Strukturen für die Zukunft**

**Magdeburg.-** Sachsen-Anhalts Städte- und Gemeindebund hält das vorliegende Stadt-Umland-Gesetz der Landesregierung nicht für eine Zukunftslösung. In der Präsidiumssitzung in Magdeburg diskutierten die Vertreter der Städte und Gemeinden noch einmal das Für und Wider des Gesetzentwurfs. Ergebnis: „Wir halten Planungs-Zweckverbände um Halle und Magdeburg nicht für sinnvoll“, erläuterte SGSA-Präsident, Eislebens Bürgermeister Peter Pfützner die Meinungsbildung des Präsidiums. Zweckverbände bedeuteten eine zusätzliche Verwaltungsebene, ohne die tatsächlichen Probleme der Region lösen zu können. Die große Mitgliederzahl und das Prozedere der internen Willensbildung ließen keine schnellen und zielführenden Entscheidungen erwarten, meinte Pfützner. Zweckverbände zur koordinierten Wahrnehmung von Kreisaufgaben (ÖPNV, Abfall, Naherholung, Kultur, Krankenhäuser) könnten dagegen hilfreich sein.

Auch die Vorstellungen zur Kreisstruktur halten die Bürgermeister und Verwaltungsamtsleiter für wenig zukunftsfähig. Dem Wunsch der Landkreise nach immer mehr Kompetenzen stehe entgegen, dass sich

die Landräte für eine verhältnismäßig kleine Struktur aussprechen. „Wer immer mehr anspruchsvolle Fachaufgaben erledigen will, braucht dafür die wirtschaftliche Grundlage und die erfordert einfach eine große Einwohnerzahl auf der Kreisebene“, meint Bernd Kregel vom Städte- und Gemeindebund.

Für die Gemeindeebene bekräftigt der Städte- und Gemeindebund in dessen seine Grundüberzeugung, dass das Rathaus „Tor der Bürger zur täglichen Verwaltung“ sei. „Was tagtäglich abgewickelt werden muss, muss in der Nähe der Bürger sein“, betonte Peter Pfützner. „Deshalb halten wir daran fest, dass eine bürgernahe Verwaltung aus einem Guss das liefern muss, was der Bürger für seinen Alltag benötigt.“ Bürgerbüros seien Dienstleistungszentren, in denen über die Rathäuser die Serviceleistungen für die Menschen im Lande erbracht werden können.

Gleichwohl appellierte Peter Pfützner an die Politik, sich an einen Tisch zu setzen und eine für das Land langfristige Lösung mit Zukunftsorientierung zu finden. „Bürger und Verwaltungen haben es satt, einem ständigen Prozess der Umorganisation ausgesetzt zu sein“, meinte Pfützner. Es gehe bei einem Konsens nicht um die Suche nach einem „faulen Kompromiss“ sondern darum, dass sich Regierung und Opposition einer langfristigen Lösung verpflichtet sähen. „Wir können es uns eigentlich nicht erlauben, dass sich die Verwaltungen hauptsächlich mit sich selbst befassen“, meinte der SGSA-Präsident. Angesichts der Finanzlage gehe es vielmehr darum, Lösungen zu finden, die effiziente Verwaltungsstrukturen mit Bürgernähe verbinden würden.

Für den Städte- und Gemeindebund spiegeln sich diese effizienten Strukturen am ehesten in leistungsfähigen Einheitsgemeinden wider, deren Verwaltung sich mit weitaus weniger Organisationsfragen befassen müsse, als dies bei Verwaltungsgemeinschaften der Fall sei.